

Ohne Kohle, ohne Stahl, ohne Autos

von Dieter Ameling

Die Durchsetzung der Energiewende wäre das Aus für den Industriestandort Deutschland: Die Produktion wäre nicht mehr konkurrenzfähig, in wichtigen Branchen sogar völlig unmöglich.

Die Energiewende der Bundeskanzlerin ist bereits gescheitert. Der bisherige Umweltminister Peter Altmaier befürchtet Kosten von mehr als einer Billion Euro durch den Umstieg auf erneuerbare Energien. Die Devise «Erneuerbare Energien ausbauen, egal was es kostet» führt zu einer De-Industrialisierung Deutschlands. Auch die neue Bundesregierung wird das gesteckte Ziel, den Strompreisanstieg zu verhindern oder doch wenigstens zu verhüten, dass sie dafür haftbar gemacht wird, nicht erreichen können. Die Stromrechnung für das Jahr 2014 könnte zu einer Katastrophe werden, politisch wie wirtschaftlich.

Die Strompreis-Umlage für erneuerbare Energien betrug im vergangenen Jahr 5,3 Cent pro Kilowattstunde und steigt ab 1. Januar 2014 auf 6,2 Cent. Wenn 2030 der Stromanteil der Erneuerbaren die vorgesehenen 50 Prozent erreicht hat, wird die jährliche

Belastung eines Drei-Personen-Haushaltes von knapp 200 Euro auf mehr als 500 Euro pro Jahr ansteigen – eine gnadenlose Kaufkraftvernichtung.

Aber nicht nur der Bürger wird geschöpft, sondern auch die Industrie gerät unter desaströsen Kostendruck. Die Verantwortlichen aus besonders gefährdeten Branchen haben in den vergangenen Monaten Alarm geschlagen, darunter Siemens-Chef Peter Löscher und Eon-Chef Johannes Teyssen. «Die Kosten fahren die Energiewende gegen die Wand», sagt auch Professor Justus Haucap, Direktor des Düsseldorfer Instituts für Wettbewerbsökonomie.

Deutscher Sonderweg

Offensichtlich ist: Die Energiewende ist international ein Flop. Der deutsche Sonderweg findet auf der

Wegen steigender Energiekosten wandert die deutsche Industrie ins Ausland ab.

Peter Altmaier wurde 2012 als Nachfolger Norbert Röttgens Bundesumweltminister. Hier auf einem Kongress des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft
Foto: Ruben Neugebauer



«Angemessener Preis»



«Um eine Dekarbonisierung weltweit voranzutreiben, sollte der Staat seine Rolle als Gestalter bewusst wahrnehmen (...). Das Treibhausgas CO₂ sollte möglichst rasch und global mit einem angemessenen Preis belegt werden (...). Einspeisevergütungen für erneuerbare Energien sollten weltweit eingeführt werden (...). Zur Finanzierung der Transformation und der erforderlichen massiven Investitionen sollten verstärkt neue Geschäftsmodelle herangezogen werden (...).»

Aus der «Großen Transformation» des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltveränderungen der Bundesregierung (WBGU), vorgelegt 2011.

Rauchende Schloten sind zum Symbol für Luftverschmutzung avanciert. Foto: Archiv

ganzen Welt keine Nachahmer. Merkels Klimapolitik wird auf internationalen Gipfeltreffen gelobt, aber hinter vorgehaltener Hand von anderen Staatschefs als reines Wunschdenken kritisiert. «Wir sind auf dem Holzweg», so sieht es auch EU-Energiekommissar Günther Oettinger. «Deutschland setzt seine Wettbewerbsfähigkeit aufs Spiel. Unsere Industrie-Strompreise gehören inzwischen zu den höchsten weltweit.»

Mit der neuen EU-Abgasnorm für Kohlendioxid steigt der PKW-Preis um 2.800 bis 3.600 Euro

Die energieintensiven Industrien (Stahl, Metalle, Papier, Zement, Chemie, Keramik) haben die Grenze der Belastbarkeit erreicht. Ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit ist höchst gefährdet. Thyssen-Krupp-Chef Heinrich Hiesinger fordert eine bezahlbare, das heißt wettbewerbsfähige Energieversorgung. Inzwischen fahren die energieintensiven Industrien schon ihre Investitionen zurück, zumal auch Planungssicherheit fehlt. Nur ein Beispiel: Die Investition in einen neuen Hochofen muss sich über die gesamte Laufzeit von 30 Jahren rentieren. Es ist daher unwahrscheinlich, dass in Deutschland nochmal ein neues Stahlwerk gebaut wird, eine große Chemiefabrik oder ein Werk für Karbonfasern. Wer die freie Wahl hat, wird sich für Standorte im Ausland entscheiden, die niedrige Energiekosten aufweisen. Deswegen sind deutsche Investitionen im Ausland stark angestiegen. In den USA wird der Strom viermal billiger, wenn die

Erdgasproduktion durch Fracking gesteigert wird. Umgekehrt sind die Investitionen der Ausländer in Deutschland deutlich weniger geworden. Wir sind in der Statistik auf Platz 39 abgefallen.

Unbezahlbare Autos

Die 2011 als «Große Transformation» vorgestellte Vision des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltveränderungen der Bundesregierung (WBGU) hat zum Ziel, bis 2050 auf fossile Energieträger völlig zu verzichten. Dies ist nur zu erreichen, wenn zur Stahlherzeugung kein Kohlenstoff mehr genutzt werden darf. Das bedeutet das Aus für Stahlherzeugung in Deutschland, weil Eisenerz wirtschaftlich nur mit Kohlenstoff zu metallischem Eisen umgewandelt werden kann.

Natürlich muss die Automobilindustrie energieeffiziente Fahrzeuge bauen. Auch im Automobilbau dürfen dabei aber die volks- und betriebswirtschaftlichen Grundregeln nicht außer Kraft gesetzt werden. Andernfalls werden die Neuwagen erheblich teurer. Wird der Abgasgrenzwert für PKWs, wie von der EU für 2020 beschlossen, auf 95 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer gesenkt, steigt der PKW-Preis um 2.800 bis 3.600 Euro. Mit diesen Zusatzkosten sind wir außerhalb Europas nicht mehr wettbewerbsfähig. Damit wird die europäische Autoindustrie am Weltmarkt keine Rolle mehr spielen, mit der Konsequenz, dass die asiatische Konkurrenz die Führung übernimmt.

Die De-Industrialisierung Deutschlands verringert unseren Wohlstand und schwächt das soziale Netz. Wir nähern uns sehr schnell der Situation der Industrie in Großbritannien und Frankreich. Sie ist seit Jahren in diesen beiden Ländern auf dem Rückzug. Ein Viertel aller Briten lebt heute schon in Energiearmut. ■

Prof. Dr. Dieter Ameling (*1941) war lange Jahre Manager bei Thyssen, Krupp und Saarstahl. 1998 wurde er Geschäftsführer des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute (VDEh), dem heutigen Stahlinstitut VDEh, und 2000 Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl sowie Präsidiumsmitglied des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Seit dem Ausscheiden aus diesen Ämtern 2008 arbeitet Ameling als Unternehmensberater.

Mit dieser Broschüre und einer Plakataktion wirbt das Bundesumweltministerium für den geförderten Umstieg auf regenerativen Strom. Grafik: BMU



Energiewende in Deutschland

Zukunft made in Germany.
Mit der Energiewende schafft Deutschland mehr Wachstum und Arbeitsplätze.

Schon heute sind in Deutschland fast zwei Millionen Menschen in „Green Jobs“ beschäftigt. Rund 370.000 davon im Bereich der erneuerbaren Energien. Und es werden täglich mehr. Denn in kaum einer anderen Branche ist die Entwicklungsdynamik so stark. Die Energiewende schafft Perspektiven für nachhaltiges Wachstum und für die Arbeitsplätze der Zukunft.

www.bmu.de/energiewende